



Presseinformation

14. August 2017

LUXEMBURG ERSCHWERT HANDEL

BÜROKRATISCHE HEMMNISSE ZERREISSEN EU-KONZEPT

(Berlin) Der deutsche Metallhandel spürt erneut die bürokratischen Hürden aus Brüssel. Mit Umsetzung der EU-Entsenderichtlinie in nationales Recht erschwert Luxemburg dem deutschen Metallhandel die Geschäfte im Nachbarland. Der Verband Deutscher Metallhändler e.V. fordert die Beibehaltung des Status Quo ante oder eine Anpassung an die Bedingungen des Metallhandels. „Diese neue luxemburgische Schlagbaumpolitik konterkariert doch das europäische Konzept eines gemeinsamen Wirtschaftsraums. Jetzt fehlen nur noch die Zollhäuschen, die prüfen, ob unsere Fahrer alle Papiere dabei haben“, erklärt Peter Kasimir, Vorstandsmitglied des VDM.

Die geänderten Meldevorschriften für entsendete Arbeitnehmer auf Grundlage der EU-Entsenderichtlinie in Luxemburg haben es in sich: 1. Muss jede einzelne Entsendung ab sofort über eine elektronische Plattform des luxemburgischen Arbeitsinspektorats gemeldet werden, 2. Können die Fahrer nicht, wie in anderen europäischen Ländern wie Frankreich, für einen längeren Zeitraum gemeldet werden, 3. Erhalten die Fahrer einen eigenen Sozialausweis sowie ein A1-Formular für die Fahrt, die sie mit sich führen müssen, 4. Muss das zu verbringende Unternehmen einen Repräsentanten in Luxemburg benennen, der für die Dauer der Entsendung in Luxemburg anwesend ist und 5. Müssen die Fahrer für und während der Fahrt in Luxemburg nach luxemburgischen Mindestlohn bezahlt werden. Betroffen sind von diesen Anweisungen alle ausländischen Fahrer, die im grenzüberschreitenden Straßengüterverkehr tätig sind.

„Wenn solche Schranken in Form von Voraussetzungen aufgezogen werden, müssen wir uns wirklich überlegen, ob wir nicht alternative Handelswege und -partner finden. Die Mehrkosten und den bürokratische Aufwand können wir irgendwann nicht mehr stemmen“, sagt Kasimir. Konkret bedeute die Durchsetzung der Vorschrift für ein mittelständisches Unternehmen in Zukunft einen Kostenanstieg von geschätzten 10.000 Euro. „Die andere Alternative würde bedeuten, dass es keine Lieferungen nach Luxemburg von uns gibt.“

Der Verband Deutscher Metallhändler e. V. fordert im Namen seiner Mitglieder und der Branche eine für den deutschen Mittelstand vertretbare Handhabung des Gesetzes ohne Barrieren im länderübergreifenden Handel. „Einzelstaatenlösungen können in keinem Fall im Sinne einer funktionierenden Wirtschaftsunion sein. Wir werden zugeschüttet mit bürokratischen Anweisungen, die allesamt Mehrkosten mit sich bringen. Das schränkt nicht nur die



Verband Deutscher
Metallhändler e.V.

Handel Recycling Produktion

Handelswege ein, sondern ruiniert auch einzelne Unternehmen“, erklärt Thomas Reuther, Präsident des Verbands Deutscher Metallhändler e.V.

Ansprechpartner: Richard Hill, 0173-591-7161

Der VDM vertritt seit 1907 die Interessen des NE-Metallgroßhandels und der NE-Metall-Recycling-Wirtschaft. Dazu gehören Neumetalle, Altmetalle sowie Strategische Sondermetalle. Seine über 200 Mitglieder repräsentieren etwa 700 Firmen bzw. Niederlassungen und decken rund 90 Prozent des Metallmarktes in Deutschland und Österreich ab. Hinzu kommen zahlreiche Unternehmen aus anderen europäischen Staaten. Hütten- und Schmelzbetriebe gehören ebenso zur Mitgliedschaft wie Händler, Recycler, an der Londoner Metallbörse (LME) tätige Broker und andere Spezialisten der Metallwirtschaft. Die Mitglieder des VDM generieren einen Umsatz von 25 bis 30 Milliarden Euro, bewegen etwa 20 Millionen Tonnen Metallen und beschäftigen rund 25.000 Mitarbeiter.

Präsident: Thomas Reuther | Hauptgeschäftsführer: Ralf Schmitz